



öffentlich

Betreff:
Haushaltskonsolidierung fortsetzen

Einreicher: Fraktion FDP

Erstellungsdatum 10.03.2011

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
01.12.2010	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		
12.01.2011	Ausschuss für Finanzen		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Laufzeit des Haushaltssicherungskonzeptes zu verkürzen.

Dazu sind alle sich ergebenden Möglichkeiten auszunutzen. Insbesondere sind künftige, im Haushaltsplan 2011 und im Haushaltssicherungskonzept 2011 nicht vorgesehene, Mehreinnahmen und Minderausgaben zur Verminderung des im Haushaltssicherungskonzept ausgewiesenen Fehlbetrages im Ergebnishaushalt einzusetzen.

Die mittelfristige Ergebnisplanung ist so anzusetzen, dass die Landeshauptstadt Potsdam zu einem früheren Zeitpunkt als bisher geplant einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt vorlegen kann.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die FDP-Fraktion geht davon aus, dass sowohl der Haushaltsplan 2011 als auch das Haushaltssicherungskonzept 2011 sorgfältig geplant worden sind. Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich in der Umsetzung des Haushalts Möglichkeiten ergeben, den im Haushaltssicherungskonzept ausgewiesenen Fehlbetrag früher als geplant abzubauen. Dazu können u.a. Mehreinnahmen im Bereich der Gewerbesteuer oder eine veränderte Aufteilung der Sozialkosten zwischen Bund, Ländern und Kommunen gehören. Diese und andere Möglichkeiten sollten dazu genutzt werden, die vollständige Handlungshoheit der Landeshauptstadt Potsdam über ihren Haushalt schneller als geplant zu erlangen.